

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 21

Artikel: Nicaragua : 10 Jahre Sandinismus
Autor: Eugster, Alexander
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093711>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

10 Jahre Sandinismus

Ohne die Grundlage der «Ordnung» ist der Ruf nach «Freiheit» nichts weiter als das Streben irgendeiner Partei nach einem ihr vorschwebenden Zweck. In seiner tatsächlichen Anwendung wird sich der Ruf unvermeidlich als Tyrannei aussprechen. Tyrannei jeder Art ist ein Symptom der Schwachheit. Wo sie auftaucht, verurteilt sie sich selbst. Sie ist am unerträglichsten, wenn sie hinter der Maske der Freiheit auftaucht. (Metternich, 1773–1859)

Alle Revolutionen, von der Französischen bis zur sandinistischen, entfremdeten sich von der Realität, je hartnäckiger sie sich sträubten, eigene Unfähigkeit und fundamentale Fehler ihres Systems einzugestehen. Dies liegt im Wesen der Revolution. Jeder Erfolg wird als totaler Triumph ausgeschlachtet. Ein begrenzter Sieg oder gar eine Niederlage würde das Eingeständnis bedeuten, nur noch über reduzierte Macht zu verfügen. Diese Tatsache unterscheidet heute die «revolutionsmüden» und reformistisch orientierten Regierungen im Ostblock von den noch relativ jungen Revolutionen in Vietnam, Kuba und Nicaragua.

Wie man die Entwicklung in Nicaragua betrachtet und wieviel Sympathien man den Sandinisten auch entgegenzubringen vermag, man kann die Resultate dieser Revolution und die fehlende Unterstützung im Volk eindeutig bewerten. Am 19. Juni 1979 in San José und am 23. Juni 1979 in Puntarenas, Costa Rica, verpflichtete sich die Junta de Reconstrucción Nacional, als neue provisorische Regierung der gesamten Oppositionsfront im Bürgerkrieg gegen Somoza, zu einem demokratischen Programm. Gegenüber der Organisation Amerikanischer Staaten wurde schriftlich festgehalten:

- demokratisches System nach westlichem Vorbild
- uneingeschränkte Freiheit für Politik, Presse, Versammlungen, Reden und Religionen
- freie Marktwirtschaft und Gewerkschaften
- blockfreie Aussenpolitik
- Aufbau einer neuen, den nicaraguanischen Verhältnissen angepassten Armee, integriert aus Beständen der Guardia Nacional (Ex-Somoza-Armee)

Dass ein mehr oder weniger demokratisches System nach diesem Muster nicht eingeführt

wurde, hat seinen Grund. Ortega, Hassan und Ramirez als Vertreter des revolutionären Frente Sandinista unterschrieben diese Dokumente nicht mit einer ehrlichen Absicht, sondern, wie sich später herausstellen sollte, geradezu böswillig, um an die Macht zu gelangen und dem nicaraguanischen Volk ihre Revolution aufzuzwingen. Genau bei diesem entscheidenden Punkt finden wir die Ursache des nicaraguanischen Konflikts. Er ist die Ursache. Alles andere, wie

- bewaffneter Widerstand und Bürgerkrieg (Contras)
- Polarisierung der Gesellschaft auf allen Ebenen
- gewaltloser Widerstand der demokratischen Parteien und Politiker
- politische Isolation und Handelsembargo der USA
- Konflikte zwischen der katholischen Kirche und der sandinistisch orientierten «Iglesia Popular»
- Unterdrückung aller traditionellen Organisationen, wie Gewerkschaften, Unternehmerverbände, Menschenrechtskomitees usw.

sind zwangsläufige Folgen und entstanden erst ein bis zwei Jahre nach der sandinistischen Machtergreifung.

Neuer Optimismus durch saubere Wahlen?

Auf Druck der zentralamerikanischen Präsidenten willigte Ortega zu einer raschen Demokratisierung und Vorverlegung der Wahlen im Februar 1990 ein. Als Gegenleistung handelte er sich die Entwaffnung der Contras ein.

Wie sauber diese Wahlen durchgeführt werden und wer sie auch gewinnt, ist für die sandinistische Führung offensichtlich belanglos. Denn zu diesem Thema haben sich mehrere Kommandanten, z. B. H. und D. Ortega, T. Borge usw., vor den letzten Wahlen und in den vergangenen Wochen im Hinblick auf die neuen Wahlen deutlich genug geäussert: Mit oder ohne Wahlen, die sandinistische Führung, die sogenannte Avantgarde des Volkes, wird die Macht niemals abgeben. Es wäre fahrlässig, wenn man diese Aussagen nicht ernst nehmen würde,

und die Sandinisten hatten in dieser Beziehung nur gerade in der Startphase der Revolution taktisch bedingte Hemmungen, ihre wahren Absichten zu zeigen. Nach demokratischen Prinzipien – sie sind auch in Mittelamerika nicht fremd – unterwerfen sich bei einer Wahl alle Bewerber bedingungslos dem Volksentscheid. Nur so kann man von ehrlichen Voraussetzungen sprechen, und nur so lohnt es sich überhaupt, Wahlen abzuhalten. Was sich aber in Nicaragua im Februar 1990 abspielen wird, scheint mit grösster Wahrscheinlichkeit nichts anderes als ein billiger Abklatsch der «Wahlen» in Noriegas Panama zu werden.

Schwächen der Demokratie

Jede Revolution verliert mit der Zeit den Boden der Realität, oder sie ist nicht revolutionär und überwindet sich selbst. Die Geschichte hat aber auch gezeigt, dass sich eine Revolution nicht einfach durch einen Willensakt oder, im Fall von Nicaragua, durch Wahlen und daraus hervorgegangene neue Exekutive und Legislative beenden lässt. Obschon heute zahlreiche führende Politiker und Meinungsmacher an solche «Wunder» glauben, kann man leider nicht annehmen, die sandinistische Revolution lasse sich einfach abwählen oder in irgendeiner Weise zähmen. Gegen solche Wunder spricht auch die Tatsache, wie wenig Anklang die östlichen Reformwellen im Sandinistenstaat bis jetzt gefunden haben.

In der Nicaragua-Frage wird der militärische Widerstand zum letztlich entscheidenden Faktor. Wenn den Contras auch ein militärischer Durchbruch nicht gelang, will dies nicht heissen, sie hätte keine ernsthafte Rolle gespielt. Allzuleicht vergisst man nämlich, dass sie jahrelang die mit Abstand grösste und modernste Armee Zentralamerikas (80 000 bis 100 000 Mann) in Schach hielten und ihr mit relativ fairen Mitteln – verglichen mit der salvadorianischen Guerrilla, die nie von ihren brutalen Erpressungen und Morden an unschuldigen Zivilisten abgerückt ist – enorme Schäden zugefügt haben. Falls der harte und demokratisch überzeugte Kern der Contras die nächsten sechs Monate übersteht, neue, von den USA unabhängige Unterstützung erhält – was übrigens 1984 bis 1986 bereits der Fall war – und zu einer neuen, schlagkräftigen und vom Volk unterstützten Widerstandsbewegung heranwächst, wird sie den Ausgang des Nicaragua-Konflikts massgebend beeinflussen. Allein mit demokratischen und gewaltlosen Mitteln lässt sich ein heute dermassen fest verankertes Regime wie das sandinistische nicht stürzen.

Alexander Eugster, Küssnacht